



PROTOKOLL

Ausschuss für Wissenschaft

6. Sitzung, per Videokonferenz, am 3. März 2022

Öffentlich, 10.00 bis 11.00 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
Außerhalb der Tagesordnung Stellungnahmen zum Krieg gegen die Ukraine	S. 2 – 5
1. Digitale Prüfungen an rheinland-pfälzischen Hochschulen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - Vorlage 18/1363 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 6 – 7)
2. Abwanderungssaldo bei Studienanfängerzahlen und Uni-Absolventen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - Vorlage 18/1364 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 8 – 10)
3. Universität der Großregion - gelebtes Europa Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - Vorlage 18/1392 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 11 – 13)
4. Stärkung der Digitalisierung an Hochschulen: Die Rechenzentrumsallianz Rheinland-Pfalz (RARP) Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - Vorlage 18/1393 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 14 – 15)
5. Projekt "Ammonpaktor" Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - Vorlage 18/1394 - [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 16 – 18)
6. Verschiedenes	S. 19

Vors. Abg. Marion Schneid eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

Außerhalb der Tagesordnung:

Stellungnahmen zum Krieg gegen die Ukraine

Vors. Abg. Marion Schneid führt aus, es sei ihr ein Herzensanliegen, auf die Situation in der Ukraine einzugehen. Alle seien durch die Entwicklungen in der Ukraine tief betroffen. Keiner habe sich vorstellen können, dass es zum Krieg komme. Es könne gesehen werden, dass es Tag für Tag schlimmer und härter und für die Menschen immer unerträglicher werde. Viele seien auf der Flucht.

Die Solidarität gelte den Menschen vor Ort, auch den Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich dort einbrächten. Im Prinzip sei alles lahmgelegt. Zum Beispiel bestehe vonseiten des Offenen Kanals das langjährige Projekt „Media Dialogue“ mit der Universität Kiew. Dadurch werde hautnah mitbekommen, dass die Menschen nur noch in Angst leben müssten und davon geprägt seien.

Was getan werden könne, sei, Solidarität auszusprechen, in Gedanken dabei zu sein und die Hilfsaktionen zu unterstützen. Am vergangenen Tag habe sie erfahren, dass die Universitätsmedizin krebserkrankte Menschen, die in der Ukraine nicht mehr versorgt werden könnten, aufnehme. Dies sei ein starkes und wichtiges Zeichen. Zu hoffen sei, dass sich die Situation in der Ukraine schnellstmöglich zum Guten wende, was aber momentan nicht so aussehe.

Staatsminister Clemens Hoch dankt Vorsitzender Abgeordneter Schneid für die klaren Worte und legt dar, der russische Überfall auf die Ukraine sei aufs Schärfste zu verurteilen. Das eine alle miteinander. Man sei in großer Sorge hinsichtlich dem Wohlergehen, der Gesundheit und dem Leben der Menschen dort.

Zusammen mit den Hochschulen und Studierendenwerken kümmere sich die Landesregierung um die ukrainischen Studierenden in Rheinland-Pfalz. Man sei nicht nur mit den Kolleginnen und Kollegen der Länder, sondern auch mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und selbstverständlich mit den Hochschulen und Studierendenwerken im engen Kontakt, um sich sehr eng über die Auswirkungen des Konflikts und die Maßnahmen abzustimmen.

Mit Blick auf Rheinland-Pfalz studierten derzeit etwa 260 Menschen ukrainischer Staatsangehörigkeit an den Hochschulen. Nur zehn davon lebten auch in den Studentenwohnheimen. Nach einer ersten Erhebung studierten etwa zehn Studierende mit deutscher Staatsangehörigkeit in Russland. Es bestünden keine Erkenntnisse über deutsche Studierende in der Ukraine, ebenso nicht über Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Rheinland-Pfalz in russischen und ukrainischen Einrichtungen.

Die Hochschulen seien sofort nach Bekanntwerden der kriegerischen Auseinandersetzungen auf die ukrainischen Studierenden zugegangen, hätten über Beratungsangebote informiert und sondiert, wo Hilfe nötig sei. Aktuell gebe es allerdings relativ wenig Nachfrage nach Unterstützung. Die vorhandene

Nachfrage beziehe sich auf Fragen des Status, vor allem auf die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis. Dazu seien die Hochschulen selbstständig mit den Ausländerbehörden in Kontakt. Es gehe aber auch um psychosoziale Beratung, die vonseiten der Studierendenwerke übernommen werde.

Unter den Mitgliedern der Hochschulen würden auch privat Spendengelder für humanitäre Hilfsmaßnahmen zugunsten der Geflüchteten und Vertriebenen gesammelt. Die ASten stünden mit den Hilfsorganisationen in Deutschland in Kontakt.

Es werde damit gerechnet, dass bei den Studierenden Geldflüsse aus der Heimat nicht so wie in der Vergangenheit funktionierten und einzelne Studierende in finanzielle Not geraten könnten. Die Stipendienstiftung des Landes plane daher ein Sonderstipendienprogramm zur Unterstützung ukrainischer Studierender in Notsituationen, um schnell und unbürokratisch helfen zu können. Auch das BMBF prüfe das Auflegen eines Nothilfeprogramms für ukrainische Studierende in Deutschland.

Inwieweit die kriegerischen Auseinandersetzungen dazu führten, dass geflüchtete Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ukrainischer Staatsbürgerschaft oder aus Drittstaaten um Hilfe nachsuchten, sei bisher nicht absehbar. Es werde aber mit dem Bund in engem Austausch gestanden.

Der russische Krieg und die russischen Aggressionen belasteten sicher auch die Wissenschaftsbeziehungen zu Russland sehr. Derzeit sei noch nicht geplant, dass Studierende oder Studieninteressierte russischer Staatsbürgerschaft in irgendeiner Weise sanktioniert würden. Das heiße, Austauschprogramme und Stipendiensysteme liefen im Moment weiter. Deutsch-russische Projekte in größerem Umfang existierten in Rheinland-Pfalz ohnehin nicht. Zu Einzelprojekten, vor allem im Wissenschaftsbereich, sei er gleich noch sprechfähig.

Vorsitzende Abgeordnete Schneid habe zu Recht auf das großartige Engagement der Universität Mainz im Bereich der humanitären Hilfe bei schwerstkranken Menschen hingewiesen. Alle kennten zum Beispiel die Programme zugunsten afrikanischer Staaten. Im Moment gebe es die Überlegung, das auszuweiten. Wahrscheinlich werde es aber über dieses Nothilfeprogramm nicht in diesem Umfang möglich sein, weil nach den Aufnahme Richtlinien der EU Geflüchtete aus der Ukraine einen Aufenthaltsstatus und damit auch Anspruch auf Heilbehandlung im angemessenen Umfang hätten. Dies werde von den Analogleistungen des AsylbLG ohnehin gekannt.

Erfreulich sei, dass die Universitätsmedizin mit großer Solidarität vorangeschritten sei. Es habe am vergangenen Tag eine Schaltle der koordinierenden Krankenhäuser – ein Instrument, das in der Corona-Pandemie aufgelegt worden sei, um an allen Krankenhäusern notwendige medizinische Versorgung anbieten zu können – gegeben. Es laufe im Moment selbstständig an.

Es werde damit gerechnet, dass neben den ohnehin erkrankten Menschen, die medizinische Hilfe bräuchten, im Gesundheitssystem die Folgen der kriegerischen Auseinandersetzungen durch Kriegsverletzungen, Traumaopfer und betroffene Kinder spürbar würden. Dazu werde im engen Austausch gestanden. Mit der Bereitschaftserklärung des Hausärzterverbands, der Kassenärztlichen Vereinigung

und der Ärztekammer habe auch der niedergelassene Bereich mit großer Solidarität und Hilfsbereitschaft angeboten zu unterstützen.

Im Hinblick auf die Forschungseinrichtungen gebe es bei den Forschungsinstituten einige Verbindungen mit russischen oder ukrainischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Es fänden sich auch vereinzelt Projekte unter Beteiligung russischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Auch Aufenthalte seien geplant oder Lieferungen erwartet worden. Dies stehe alles erst einmal on hold. Hinsichtlich eines Projektes des Fraunhofer-Instituts für Techno- und Wirtschaftsmathematik (ITWM) mit einer russischen Firma sei die Zusammenarbeit gestoppt worden.

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche hält es für gut, das Thema in der Ausschusssitzung aufgerufen zu haben und bemerkt, alle seien sehr entsetzt über das, was gerade passiere. Es habe sich kaum vorgestellt werden können, aber jetzt sei es da. Als allererstes seien humanitäre Hilfe und der Schutz für die Menschen, die flüchteten oder dort blieben und sich dem mutig entgegenstellten, notwendig.

Gleichzeitig müsse es mittelfristig gesehen werden. Menschen auch aus dem Bereich Hochschule wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierende aus der Ukraine und Russland seien in Rheinland-Pfalz. Außerdem gebe es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierende, die gegebenenfalls flüchten müssten. Nach der jetzigen Frage, in Sicherheit zu kommen, stelle sich auch die Frage – da sie leider nicht in zwei Wochen zurückgehen könnten –, wie sie hier gut integriert werden könnten und gegebenenfalls Arbeitsmöglichkeiten angeboten werden könnten.

Außerdem gebe es, offensichtlich in Rheinland-Pfalz in kleinerer Zahl, Forschungsprojekte mit diesen Ländern. Wünschenswert sei, dass die großen Fördergeber schnell und unbürokratisch Möglichkeiten schafften, um den Menschen, die in diesen Projekten arbeiteten bzw. gerade auf der Flucht seien, Möglichkeiten zu bieten.

Jederzeit notwendig sei die Solidarität, die schon von allen ausgedrückt worden sei, mit den Menschen vor Ort und im Rahmen dieses Ausschusses speziell mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Es werde gehört, dass sich sowohl in der Ukraine, aber auch in Russland gerade diese Berufsgruppe sehr kritisch über die Vorgänge äußere. Anders als in Deutschland könne dort nicht einfach so auf die Straße gegangen und Kritik geäußert werden. Die Menschen riskierten dabei vielmehr ihr Leben und verhaftet zu werden. Dies verdiene große Wertschätzung, und diejenigen sollten unbedingt unterstützt werden. Zu Recht werde gesagt, es sei der Krieg von Putin und nicht der Krieg der russischen Bevölkerung. Die Solidarität mit den russischen Kolleginnen und Kollegen, die sich sehr kritisch äußerten und sich für Freiheit und Frieden in der Ukraine engagierten, solle mitgedacht werden.

Abg. Dr. Lea Heidbreder merkt an, alle seien sehr schockiert über diesen Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine. Das betreffe auch die Forschungslandschaft, viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierende. Viele Forschungsprojekte seien über die Grenzen hinweg schon über viele Jahre entstanden.

Wichtig sei es erst einmal, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und zu schauen, was genau getan werden könne. Sehr viel Solidarität sei von vielen Wissenschaftsorganisationen, darunter von der Max-Planck-Gesellschaft, der Hochschulrektorenkonferenz und dem DAAD ausgedrückt worden. Viele hätten klar gesagt, sie wollten unbürokratisch und schnell Hilfe leisten. Diese jetzt entstehende Gemeinschaft sei wichtig.

Sie sei sehr froh und bedanke sich dafür, dass die Landesregierung laut Staatsminister Hoch die Augen offenhalte, für die Wissenschaftsfreiheit einstehe, nach Unterstützung für die Studierenden, die schon da seien und noch kämen, schaue, möglicherweise ein Sonderstipendienprogramm auflege und die medizinische Versorgung sicherstelle. Dazu könne sich zusammengeschlossen werden.

Vor dem Mut der russischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könne nur der Hut gezogen werden. Über 2.000 hätten schon schriftlich Stellung bezogen und dahingehend geäußert, dass die Militäraktionen von Russland eingestellt werden sollten und für Frieden in Europa eingestanden werde. Es sollte sich sehr solidarisch dazu gezeigt werden, dass sich über die Wissenschaftsgemeinschaft hinaus so viele äußerten und für Frieden in Europa einstehen wollten.

Vors. Abg. Marion Schneid bedankt sich für diese gemeinsame Solidarität und bittet die Ausschussmitglieder und Staatsminister Hoch darum, den Ausschuss bei neuen Entwicklungen, bei denen auch vonseiten des Ausschusses etwas etwa für die Studierenden getan und beschlossen werden könne, zu informieren.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Digitale Prüfungen an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/1363](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Dr. Matthias Reuber schließt sich dem Gesagten zur schrecklichen Situation in der Ukraine an und führt zur Begründung des Antrags aus, Mitte März 2020 seien die Hochschulen pandemiebedingt in den Lockdown gegangen. In den letzten zwei Jahren sei sehr viel gelernt worden, und viele neue Formate seien auch bei Prüfungen kennengelernt worden. Einiges davon werde sicherlich nach der Pandemie weiterhin Bestandteil sein.

Die Landesregierung werde um einen Sachstandsbericht gebeten. Außerdem wolle in Erfahrung gebracht werden, ob es eine landesweite Evaluation und eine Best Practice für digitale Prüfungen im Hochschulalltag nach einer Pandemie gebe.

Staatsminister Clemens Hoch berichtet, digitale Prüfungen würden von den Hochschulen sowohl als Präsenzprüfung als auch auf Grundlage der Landesverordnung zur Erprobung elektronischer Fernprüfungen an Hochschulen vom 19. März 2021 durchgeführt. Der Unterschied sei wie folgt: Digitale Prüfungen in Präsenzform seien Prüfungen, die an Computern in den Räumen der Hochschulen vorgenommen würden; bei elektronischen Fernprüfungen nach der Landesverordnung gebe es keine Verpflichtung zur persönlichen Anwesenheit im Prüfungsraum.

Da sich die Anfrage auf die Corona-Pandemie beziehe, werde davon ausgegangen, dass elektronische Fernprüfungen gemeint seien. Das Institut sei noch relativ neu. Die Hochschulen hätten im aktuellen Prüfungszeitraum bei dem Instrument der elektronischen Fernprüfung vor allem bei mündlichen Prüfungen Gebrauch gemacht. Dabei sei der Anteil der jeweilig durchgeführten mündlichen Prüfungen sehr unterschiedlich. Eine umfassende Datenerhebung sei bisher nicht erfolgt.

Der Vorschlag der CDU-Fraktion, eine Best Practice aufzubauen, werde aufgegriffen. Mit den Hochschulen werde, wenn sie wieder in einem etwas geordneteren Fahrwasser arbeiten könnten, etwas tiefer in die Analyse dahingehend eingestiegen, was sich bewährt habe, was verbesserungswürdig sei oder was in pandemischen Lagen nicht gebraucht werde.

Zum Beispiel berichte die Universität Trier, dass der Anteil der mündlichen Fernprüfungen je nach Studienfach auf zwischen 50 % und 75 % geschätzt werde. Am Standort Koblenz der Universität Koblenz-Landau liege er bei etwa einem Drittel. Dagegen habe zum Beispiel die Technische Hochschule Bingen überhaupt keine elektronischen Fernprüfungen durchgeführt. Bei anderen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften liege der Anteil bei etwa 5 %. In einzelnen Fachbereichen könne es aber sogar bis zu 60 % gehen, was zum Beispiel die Hochschule Mainz melde.

Die Hochschulen selbst schilderten, dass es im Regelfall sehr problemlos abgelaufen sei, es nur geringen Supportbedarf gegeben habe und kaum technische Mängel aufgetreten seien. Die größte Herausforderung sei gewesen, dass die Internetverbindung beim Prüfling, also zu Hause und in den ländlichen Gebieten, kurzzeitig überlastet und nicht vorhanden gewesen sei. Außerdem gebe es Studierende, bei denen finanzielle Mittel und EDV-Ausstattung immer einmal wieder eine Rolle spielten.

Vonseiten aller Hochschulen werde betont, dass insbesondere die Durchführung von elektronischen Fernklausuren per Videoaufsicht grundsätzlich kritisch gesehen werde, vor allem wegen der Täuschungssicherheit und den Vorgaben des Datenschutzes.

Das Fazit der Landesregierung im Hinblick auf fast zwei Jahre Pandemie – am 13. März 2020 habe der Ministerrat die Maßnahmen beschlossen – sei, dass alle Hochschulen, alle Lehrenden und alle Lernenden sehr verantwortungsvoll mit den Bestimmungen umgegangen seien. Neue Prüfungsmodelle wie sogenannte Take-Home-Prüfungen, bei denen Studierende in bestimmten Zeitfenstern per E-Mail ihre Studienleistungen abgeben hätten müssen, seien angeboten worden.

In der internen Diskussion zeige sich jetzt schon, dass neue Prüfungsformate auch tauglich erschienen, sie außerhalb von pandemischen Zeiten einzusetzen. Die Hochschulen analysierten im Moment ihre einzelnen Studiengänge sehr genau dahingehend, was digitaltauglich sei und was eher in Präsenz ablaufen sollte. Das betreffe auch die Prüfungen.

Im Rahmen des gemeinsamen Vorhabens der Hochschulen und des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung sollten Modellversuche mit wissenschaftlicher Begleitung gemäß § 11 der Landesverordnung durchgeführt werden. Dabei würden wesentliche Inhalte zu Art und Umfang elektronischer Fernprüfungen, aber auch Vorkommen von gemeldeten Störungen, Rückmeldungen der Prüferinnen und Prüfer sowie der Prüflinge, Unregelmäßigkeiten, aber auch Täuschungshandlungen sowie Beschwerden und Rechtsbehelfe dokumentiert und planmäßig analysiert. Es werde sich erhofft, dass daraus für den normalen Studienalltag Erkenntnisse gewonnen würden, wie sich Studium und Lehre unter den Möglichkeiten des digitalen Fortschritts fortentwickeln könnten.

Abg. Dr. Matthias Reuber bedankt sich für den Bericht, auch für die Zahlen und Erfahrungsberichte von Hochschulen. Begrüßenswert sei, dass der Vorschlag einer Best Practice aufgegriffen werde, damit nach der Pandemie eine Datenerfassung erfolge und es evaluiert werde. Dies könne für den künftigen Universitätsalltag nur hilfreich sein.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Abwanderungssaldo bei Studienanfängerzahlen und Uni-Absolventen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/1364](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Dr. Matthias Reuber führt zur Begründung aus, es gehe um zwei Statistiken von Ende 2021/Anfang 2022 mit unerfreulichen Zahlen hinsichtlich Studienanfängerinnen und Studienanfänger sowie Absolventinnen und Absolventen.

Das Ziel der CDU-Fraktion sei es dabei nicht, den Blick zurückzuwerfen, sondern eher nach vorne zu schauen und zu fragen, wie es geschafft werden könne, dass künftig mehr Studienanfängerinnen und Studienanfänger die rheinland-pfälzischen Hochschulen besuchten und nach dem Studium bei einer in Rheinland-Pfalz ansässigen Firma anfangen zu arbeiten, damit ausgebildete Studierende im Bundesland gehalten werden könnten.

Die Landesregierung werde um Bericht gebeten, welche Ziele sich für die nächsten Jahre gesetzt würden und welche Zahlen in Zukunft erstrebenswert seien.

Staatsminister Clemens Hoch führt aus, ein Rückgang der Studienanfängerzahlen werde bundesweit im vierten Jahr beobachtet. Die Gründe dafür lägen im demografischen Wandel und in den letzten beiden Jahren auch in der Corona-Pandemie. Es sei durch eine Umstellung von G8 auf G9 zurück in Niedersachsen verstärkt worden.

Es werde aber auch gesehen, dass sich der Studienwanderungssaldo seit 2014/2015 für Rheinland-Pfalz von einem positiven zu einem negativen Saldo entwickelt habe. Dabei werde gesehen, dass das vor allem Faktoren aus vier Bundesländern – Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Thüringen und Berlin – seien. Das habe verschiedene nachvollziehbare Erklärbarkeiten.

Die Mobilität von Studierenden werde automatisch höher in den Grenzregionen mit einem starken Konkurrenzangebot in Ballungszentren in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen und dem Wunsch von jungen Menschen, in Metropolen zu leben. Das stärke vor allem Berlin.

Thüringen erscheine als Solitär; es sei aber auch ein Solitär der Statistik. Es gebe eine ungebrochene Tendenz von Studienanfängerinnen und Studienanfängern, ihr Studium an privaten Hochschulen aufzunehmen. In Thüringen sitze die Internationale Hochschule, und die 75.000 eingeschriebenen Studierenden würden dort gezählt. Da es aber im wesentlichen Fernstudiengänge seien, heiße das nicht, dass die jungen Menschen alle nach Thüringen gingen, sondern es sei ein statistischer Effekt.

Bereits in der letzten Legislaturperiode sei trotzdem dem Ansatz entgegengetreten worden. Es gehe nicht nur um Fachkräftesicherung, sondern vor allem auch um ein für junge Menschen und ihr Studieninteresse attraktives Land. Dabei werde konsequent das Konzept der offenen Hochschule verfolgt. Rheinland-Pfalz gehöre seit Jahren zu den Spitzenreitern bei der Durchlässigkeit im Bildungssystem

und habe den prozentual höchsten Anteil an Studierenden ohne klassische Zugangsberechtigung. Über den Hochschulpakt 2020 seien Beratungs- und Unterstützungsangebote finanziert worden. Durch die vergangene Reform des Hochschulgesetzes sei der Hochschulzugang weiter erleichtert worden. Die Hochschulen entwickelten flexible Studienangebote, um einer heterogenen Studierendenschaft das Studium und die akademische Weiterbildung zu ermöglichen.

Insbesondere wolle das Ziel verfolgt werden, Berufstätige praxisorientiert und berufsbegleitend auf Hochschulniveau weiterzuqualifizieren. Dabei könne eine Stärke ausgespielt werden: Es sei noch am Anfang, aber im Hinblick auf den Aufschlag eines Biotechnologiestandorts wollten alle Firmen, die das nachsuchten, duale oder berufsbegleitende Studiengänge. Dort sei Rheinland-Pfalz besonders stark aufgestellt.

Es seien aber auch Fragen zur Attraktivität des Studienstandorts zu beantworten. Es gehe vor allem um forschungs- und anwendungsbezogene Studienmodelle. Über den Qualitätspakt Lehre seien größte Anstrengungen unternommen worden, Lehr- und Studienqualität in allen Dimensionen zu verbessern. Allein im Hochschulpakt 2011 bis 2020 seien so 60 Millionen Euro für entsprechende Mittel an den Hochschulen eingesetzt worden.

Die Maßnahmen im Rahmen der Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre würden fortgeführt. Die drei großen Ziele seien dabei die konsequente Weiterführung des Offenen Konzepts in den Hochschulen, die Förderung von Qualität von Studium und Lehre und nicht zuletzt die Verknüpfung von guter Arbeit und guten Lebensverhältnissen gerade für junge Menschen in Rheinland-Pfalz. Hierzu seien Mittel und Stellen an den Hochschulen bereits verstetigt worden.

Neben den Studienanfängerzahlen seien die Erhebungen zu den Wanderungssalden der „Fachkraft 2030“ bekannt. Dabei gehe es um die Fragestellung, in welcher Stadt und in welchem Bezirk nach dem Studium die Arbeit aufgenommen werden wolle. In dieser Umfrage sehe Rheinland-Pfalz immer wieder signifikant besser aus. Es gebe einen Klebeffekt, auf den gesetzt werde, aber es werde auch gesehen, junge Menschen wollten einmal woanders hin, vor allem in Metropolen, kämen aber oft gern wieder nach Rheinland-Pfalz zurück. Die beliebtesten genannten Arbeitsorte seien vor allem die Ballungsräume im Norden von Rheinland-Pfalz, das Rhein-Main-Gebiet, vor allem Mainz, und die Rhein-Neckar-Region in der Pfalz.

Das Ergebnis werde trotzdem sehr ernst genommen, weil man an Studienanfängern und Studieninteressierten interessiert sei. Er habe vom Klebeffekt und von der Möglichkeit und der Nachfrage der Wirtschaft nach dem dualen Studium gesprochen. Dazu gehöre beim Konzept der Hochschule zum Beispiel konsequent der Ausbau des dualen Studiums. Mittlerweile existierten 85 Studiengänge mit Studierenden und Unternehmen von Anfang an, die berufsbegleitend und berufsintegrierend zur Sicherung der Fachkräfte beitragen.

Dazu komme die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe, was mit Nachdruck vorangetrieben werde, und die Förderung der MINT-Fächer. Beides schaffe einen zusätzlichen Effekt: Rheinland-Pfalz habe sich in den letzten Jahren sehr stark auf technische Berufe, MINT-Fächer und Gesundheitsfach-

berufe konzentriert. Das seien nicht unbedingt die Studienanfängerfelder, in denen wie in den Geisteswissenschaften 1.000 Menschen zugleich in einem Studiengang anfangen zu studieren, sondern es seien kleinere Fächer, die mehr Geld kosteten, bei denen aber der Schwerpunkt im Portfolio des Landes gesehen werde.

Insofern werde gesehen, dass diese Wanderungsbewegung vor allem nach der Abschaffung der Studiengebühren in anderen Bundesländern gekippt sei. Es werde aber weiter angestrebt, nach den Zielvereinbarungen jährlich 21.000 Studienanfängerinnen und -anfänger aufzunehmen und die Studierendenzahl von 120.000 konsequent im Land zu halten.

Vors. Abg. Marion Schneid hält den Schwerpunkt auf dem dualen Studium für wichtig. Viele Unternehmen könnten dadurch die Fachkräfte in ihrem Unternehmen halten.

Staatsminister Clemens Hoch sagt auf Bitte des **Abg. Dr. Matthias Reuber** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Universität der Großregion - gelebtes Europa

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/1392](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche führt zur Begründung aus, im Rahmen der seit dem Jahr 2008 bestehenden Universität der Großregion (UniGR) seien sieben Hochschulen aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Luxemburg, Ostbelgien und Lothringen als Partner miteinander verbunden.

Es handele sich um eine Verwirklichung der europäischen Idee. Zum Beispiel würden grenzüberschreitende Studiengänge angeboten, darunter im internationalen Management, aber auch im Recht des jeweils eigenen Landes. Forschung und Lehre fänden dreisprachig – auf Deutsch, Französisch und Englisch – statt.

Staatsminister Clemens Hoch berichtet, aus rheinland-pfälzischer Sicht sei es selbstverständlich, in einer Großregion zu leben. Europa sei in Rheinland-Pfalz mehr als nur ein geografischer Begriff. Die europäische Dimension umschließe in all ihrer Vielfalt das gemeinsame historische Erbe und die kulturelle Tradition. Deswegen freue er sich sehr, über die Universität der Großregion berichten zu können. Es sei gelebtes Europa für junge Menschen.

Als Gesundheitsminister erlaube er sich zu sagen, erfreulicherweise habe die Bundesregierung endlich seit dieser Nacht die Hochrisikogebiete abgeschafft, sodass in der Großregion wieder so wie gewohnt gelebt werden könne. Hoffentlich bleibe es so. Die Diskussionen um die Großregion und Corona in den letzten zwei Jahren mit dem Bund seien bekannt.

Auf dem Weg zu einem gemeinsam gelebten Europa leisteten die Grenzregionen einen wichtigen Beitrag und hätten Modellcharakter für das Zusammenleben in ganz Europa. Vor diesem Hintergrund gebe es nicht nur einen Kooperationsraum für Bürger, Wirtschaft, Mobilität und Forscher, sondern es wolle auch zu einer Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen im internationalen Vergleich beigetragen werden. Die Großregion habe im Jahr 2008 begonnen, nach einem Bottom-Up-Prinzip das Hochschulnetzwerk zu errichten, um auch einen Abschluss in mehreren EU-Mitgliedstaaten zugleich erwerben zu können.

Heute sei die Universität der Großregion ein einzigartiger innovativer Universitätsverbund, der sich zum Ziel gesetzt habe, aktiv zu einem gemeinsamen Hochschul- und Forschungsraum in der Großregion in Europa beizutragen und weltweit Modell zu stehen.

Die Universität der Großregion vereine heute sieben Hochschulen aus fünf Regionen und vier Ländern: aus Belgien die Universität Lüttich, aus Luxemburg die Universität Luxemburg, aus Frankreich die Universität Lothringen mit den Standorten Metz und Nancy, aus Deutschland die Universität des Saarlandes, die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlands als assoziierter Partner sowie die Universität Trier und die Technische Universität Kaiserslautern.

Die Universität der Großregion ermögliche das Studieren, Lehren und Forschen ohne Grenzen. Die Universität umfasse 141.000 Studierende, 7.000 Promovierende und rund 10.000 Forscherinnen und Forscher und biete mittlerweile 30 grenzüberschreitende Studiengänge an. Gelehrt werde in Französisch, Englisch und Deutsch.

Studienangebote reichten von Geisteswissenschaften über Sozial- und Wirtschaftswissenschaften bis hin zu Natur- und Ingenieurwissenschaften. Ausgezeichnet und besonders hervorzuheben sei das gemeinsame Lehrprogramm, abgestimmt auf die Spezialisierungen der beteiligten Partnerhochschulen und die integrierten Mobilitätsphasen. Nach erfolgreich absolvierten Prüfungen erhielten die Studierenden einen Doppel- oder Mehrfachabschluss.

Im Bereich der Forschung zeichne sich die Universität der Großregion durch exzellente Forschungsprojekte insbesondere in den Leuchtturbereichen Biomedizin, Border Studies sowie Materialwissenschaften und Ressourceneffizienz aus. Als Beispiel mit rheinland-pfälzischer Beteiligung wolle er die Kompetenzzentren für Grenzraumstudien (UniGr-CBS) sowie für Materialien und Metalle in einer Kreislaufwirtschaft (UniGr-CIRKLA) anführen, die ein hochwertiges interdisziplinäres Aus- und Weiterbildungsprogramm mit Forschungsprojekten auf höchstem internationalen Niveau verknüpften als auch Bedürfnisse und Herausforderungen des Grenzgebiets berücksichtigten.

Als neues gemeinsames Angebot der Universität der Großregion sei zudem das EurIdentity Certificate zu nennen, das Studierenden Kernkompetenzen über Europa und europäische Werte vermittele. Ziel des Projekts sei die Entwicklung und Erprobung eines gemeinsamen Lehrangebots zu den Grundwerten und politischen Strukturen der Europäischen Union sowie Geschichte und Kultur. Die Universität der Großregion als Universität im Herzen von Europa nehme hier Verantwortung wahr, Studierende als europäische Bürgerinnen und Bürger auszubilden.

Die Landesregierung unterstütze diese Bestrebungen, besonders in der institutionellen Weiterentwicklung des Verbunds, und begrüße ihre Bestrebungen hin zu einer europäischen Universität. Er freue sich darüber hinaus ganz besonders, dass Professor Jäckel, Präsident der Universität Trier, als ausgewiesener Europäer nun auch das Amt des Präsidenten der Universität der Großregion innehabe.

Gerade in diesen Tagen sei es von besonderer Bedeutung, grenzüberschreitende und europäische Strukturen zu stärken. Die Universität sei hierfür ein bedeutendes und vorbildliches Beispiel wahrhaft gelebten Europas; denn wenn Europäerinnen und Europäer gemeinsam die Zukunft gestalten wollten, spielten Bildung und Wissenschaft eine herausragende Rolle. So würden Wachstum und Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und vor allem langfristig Frieden geschaffen.

Vors. Abg. Marion Schneid erkundigt sich nach der Verrechnung der Studiengebühren und nach speziellen Regelungen für diese Studiengänge, weil es in den Ländern unterschiedlich gehandhabt werde.

Staatsminister Clemens Hoch erwidert, es handele sich um einen Verbund der Hochschulen. Das heiße, der/die Studierende sei an einer dieser Hochschulen eingeschrieben und unterfalle dort den

Studien- oder Sozialgebühren. Was Vorsitzende Abgeordnete Schneid anspreche, habe allenfalls die Frage eines Mobilitätscharakters; Studiengebühren fielen darüber hinaus nicht an.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Stärkung der Digitalisierung an Hochschulen: Die Rechenzentrumsallianz Rheinland-Pfalz (RARP)

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/1393](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche führt zur Begründung aus, in den letzten Wochen sei viel über Digitalisierung und darüber, wie die Digitalisierung an den Hochschulen gestärkt werden könne, gesprochen worden. In dem Zusammenhang werde auch behandelt, welche Aufgaben zentralisiert werden sollten und wie sich die Hochschulen gegenseitig helfen könnten.

Seit dem Jahr 2017 gebe es in Rheinland-Pfalz eine Rechenzentrumsallianz (RARP). Sie sei auch auf Wunsch der Landeshochschulpräsidentenkonferenz gegründet worden. Die Aufgabe dieser Rechenzentrumsallianz sei es, zum Beispiel zentrale IT-Infrastrukturen zu integrieren und ein Informations-Sicherheits-Management-System aufzubauen. Gerade hinsichtlich IT-Sicherheit stiegen die Anforderungen laufend. Dabei sei es wichtig, dass sich die Hochschulen gegenseitig unterstützen könnten. Vor diesem Hintergrund werde die Landesregierung um einen Bericht gebeten.

Staatsminister Clemens Hoch berichtet, die Rechenzentrumsallianz sei eine der Errungenschaften im Hochschulbereich, die sich vor allem dadurch auszeichne, dass sie leider manchmal nicht auffalle oder immer nur dann, wenn etwas nicht funktioniere. Deswegen werde sich immer gefreut, wenn die Rechenzentrumsallianz nicht auffalle. Umso erfreulicher sei es, dass darüber berichtet werden könne, was dort alles passiere.

Eine Kooperationsvereinbarung im Jahr 2017 sei von allen Präsidentinnen und Präsidenten sowie dem Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer unterzeichnet worden. Die vorher bereits existierenden Ansätze kooperativer Zusammenarbeit zum Beispiel des Wissenschaftsnetzes Rheinland-Pfalz, der Allianz für Hochleistungsrechnen Rheinland-Pfalz, des Virtuellen Campus und des Zentrums für Hochschul-IT seien mit Gründung der Rechenzentrumsallianz auf eine neue Grundlage gestellt worden.

Ziel der Allianz sei es, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der IT zu stärken und sich durch gegenseitige Bereitstellung und Bündelung von Ressourcen gemeinsam den wachsenden Anforderungen der Digitalisierung zu stellen. Die Allianz unterstütze die Hochschulen bei der Bereitstellung von IT-Infrastrukturen sowie dem Betrieb von zentralisierbaren Dienstleistungen. Die Gremien legten die zentralen Dienste fest, die auf der Grundlage gesonderter Vereinbarungen durch einzelne Hochschulen für alle anderen erbracht würden.

Derzeit würden folgende hochschulübergreifende Dienste angeboten. Es seien Dienste für Endanwender, also Studierende, Lehrende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Beispiel E-Mail, Kalender, Kontakte, Videoserver, Plattformen, datenschutzkonforme

Cloud-Angebote, Datensicherung und vor allem Hochleistungsrechnen. Ferner gebe es Dienste zwischen den Rechenzentren, vor allem die großvolumigen Backup-Dienste, Spamfilter, Identity-Management, virtuelle Server und das Wissenschaftsnetz Rheinland-Pfalz.

Im Rahmen des Corona-Sondervermögens hätten die Rechenzentren noch einmal 2,5 Millionen Euro erhalten, um das Projekt „Integration zentraler IT-Infrastrukturen und IT-Dienste der RARP sowie Unterstützung beim Aufbau eines Informations-Sicherheits-Management-Systems“ an allen Universitäten und Hochschulen des Landes bis Ende 2023 umzusetzen, die Bandbreite der Internetanbindung an den einzelnen Hochschulstandorten zu erhöhen und durch den Ausbau von Redundanzen die Ausfallsicherheit zu steigern. Für den Ausbau des seit 2005 von der Johannes Gutenberg-Universität betriebenen Wissenschaftsnetzes würden 1 Million Euro bereitgestellt. Die Hochschulrechenzentren hätten die Anträge miteinander abgestimmt und mit Zustimmung der Landeshochschulpräsidentenkonferenz eingereicht. Für das Projekt zur Integration zentraler IT-Infrastrukturen würden 1,5 Millionen Euro bereitgestellt.

Mit hochschulübergreifenden Vorhaben wolle die Rechenzentrumsallianz insbesondere die Rechenzentren der kleineren Hochschulen dabei unterstützen, die oben genannten zentralen Dienstleistungen zu nutzen. Bei der Integration in die lokalen Prozesse vor Ort seien zunächst technische und organisatorische Anpassungen notwendig. Sie müssten analysiert, geplant und konzipiert werden, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Es gebe dazu eine Taskforce. Damit solle sichergestellt werden, dass alle Rechenzentren möglichst kurzfristig und umfassend von den zentralen Strukturen und Diensten profitierten.

Der beschleunigte Ausbau des Wissenschaftsnetzes sei infolge der Corona-Pandemie zwingend erforderlich geworden, da die beschleunigte Digitalisierung an den Hochschulen dazu geführt habe, dass die Netznutzung in kürzester Zeit rasant angestiegen sei. Ein Ausfall der Internetanbindung einzelner Hochschulen hätte zur Folge, dass zentrale Dienstleistungen nicht oder nur unzureichend genutzt werden könnten. Mit dem Vorhaben „Extend-RP“ verfolge die Allianz das Ziel, den weiteren Ausbau zu beschleunigen. Das Kernnetz werde dabei auf 100 Gbit aufgerüstet. Möglichst alle Hochschulstandorte würden redundant an das Wissenschaftsnetz Rheinland-Pfalz angeschlossen.

Die aus dem Corona-Sondervermögen finanzierten Projekte trügen in besonderer Weise dazu bei, Qualität und Anzahl von IT-Diensten zu steigern und die Sicherheitsstandards zu erhöhen. Die Rechenzentren wollten ihre Zusammenarbeit auch über die jetzt umgesetzten Vorhaben hinaus weiter intensivieren. Zum einen werde die Organisationsstruktur diskutiert. Eine Einrichtung der Geschäftsstelle solle professionalisiert werden. Vor allem auf dem Gebiet der IT-Sicherheit sei eine langfristige Zusammenarbeit geplant.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Projekt "Ammonpaktor"

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/1394](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

Abg. Dr. Lea Heidbreder führt zur Begründung aus, die Fraunhofer-Institute in Mainz und Kaiserslautern hätten gemeinsam das Projekt „AMMONPAKTOR“ ins Leben gerufen und arbeiteten daran, wie Wasserstoff über die Ammoniakspaltung dezentraler zur Verfügung gestellt werden könne.

Die Erkenntnisse könnten einen wichtigen Beitrag dazu liefern, wie sich unabhängiger von fossilen Rohstoffen gemacht werden könne. Dies sei möglicherweise in der aktuellen Situation auch eine Frage der Sicherheitspolitik und grundsätzlich ein Beitrag zur dezentralen Energiewende und Mobilitätswende.

Die Landesregierung werde um einen Bericht zu diesem Projekt gebeten.

Staatsminister Clemens Hoch führt aus, es handele sich um eines seiner Lieblingsprojekte. Die Wissenschaft neige dazu, sich interessante Namen auszudenken, die gut aussprechbar seien, unter denen sich aber leider kaum jemand etwas vorstellen könne. Der Name dieses Projekts verrate aber ein bisschen, was es auch besonders mache.

Die Energiewende stelle alle vor viele Herausforderungen in der gesamten Gesellschaft, aber auch in der Region. Die Diskussion um die Lage des Landes und die Herausforderung zur Bereitstellung von Energie sei bekannt. Die schlimmen Ereignisse in der Ukraine zeigten, dass dieses Thema noch einmal eine besondere Wichtigkeit bekomme. Aus der Pandemie sei dies mitgenommen worden, aber der Krieg stelle es leider alles noch einmal in den Schatten.

Deshalb freue er sich, dass es geschafft worden sei, im Rahmen des sogenannten Pakets Green Deal der Europäischen Union aus EFRE-Mitteln dieses Vorhaben „AMMONPAKTOR“ anzuschieben und zu finanzieren, und zwar über das Fraunhofer-Institut für Mikroelektronik und Mikrosysteme in Mainz und das Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik in Kaiserslautern. 2,7 Millionen Euro an Förderungen würden dafür ausgebracht.

Die beiden Fraunhofer-Einrichtungen strebten als Ziel die Entwicklung eines Betankungsmoduls an, das aus grün produziertem Ammoniak Wasserstoff für Tankstellen zur Nutzung von Brennstoffzellenfahrzeugen erzeuge. Beim Einsatz von Wasserstoff als Energieträger entstehe nur Wasser als Produkt, aber es entstünden keine Treibhausgase. Der Wasserstoff aus regenerativer Energie, also grün hergestellt, sei ein vollständig nachhaltiger Prozess.

Es solle eine Demonstrationseinheit bestehend aus der Wasserstofferzeugung, der Gasaufbereitung und der Verstromung in einer Brennstoffzelle entwickelt werden. Ausgangspunkt des Antrags sei die Problemstellung, dass der Transport von Wasserstoff zu Tankstellen und die Mitführung als Kraftstoff in Fahrzeugen mit im Moment wahnsinnig hohen Kosten verbunden sei.

Zugleich wolle er die Gelegenheit nutzen, das Projekt in die Forschungslandschaft zum Thema „Wasserstoff“ einzubetten, und einen kurzen Einblick in die spezifischen Komponenten geben. Das Fraunhofer-Institut für Mikrotechnik und Mikrosysteme entwickle seit 20 Jahren Wasserstofferzeugungsgeneratoren für die Gewinnung von Wasserstoff aus wasserstoffhaltigen Speichermedien wie Kohlenwasserstoffen, Alkohol und Ammoniak. Ein weiterer wichtiger Sicherheitsaspekt sei die Möglichkeit der Wasserstoffdetektion durch hochempfindliche Sensorik des Fraunhofer-Instituts für Mikrotechnik und Mikrosysteme.

Zudem beschäftige sich das Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik mit der Simulation zur Optimierung von Brennstoffzellen und den Elektrolyseuren sowie mit der Simulation zur Optimierung logistischer Verteilnetze.

Das Leibniz-Institut für Verbundwerkstoffe arbeite an der Entwicklung von Wasserstoffdruckspeichern in Leichtbautechnik unter Verwendung von Carbonfasern. Dieses Forschungsfeld werde mit rund 2,9 Millionen Euro auch aus EFRE-Mitteln gefördert.

Im Bereich der Mobilität bestehe derzeit bei der Wasserstoffspeicherung und dem Wasserstofftransport die Herausforderung, dass metallische Lösungen für mobile Anwendungen zu schwer und vergleichbare Leichtbaulösungen aus verstärkten duroplastischen Kunststoffen nicht ausreichend großserienfertig seien.

Um zur Lösung dieser Herausforderungen beizutragen, wolle das Leibniz-Institut für Verbundwerkstoffe im Rahmen dieses Projekts eine geeignete Infrastruktur und grundlegendes Wissen für die Entwicklung großserienfähiger Wasserstoffspeicher und Transporttechnologien auf Basis von thermoplastischen Faserverbundwerkstoffen realisieren.

Für die rheinland-pfälzischen Hochschulen gebe es folgende Beispiele aus dem Bereich Wasserstoff. Es gebe eine dezidierte Professur für Wasserstofftechnologie und Brennstoffzellen am Umwelt-Campus Birkenfeld. Der Umwelt-Campus entwickle in enger Kooperation mit Kunden alle Komponenten der Membranbrennstoffzelle und auch kleinere Brennstoffzellensysteme vor Ort. Studien zur Sicherheit von Wasserstoffspeichern seien an der Hochschule durchgeführt worden. Die Arbeitsgruppe von Professor Waldvogel an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz untersuche neue Ansätze für Elektrokatalysatoren für die Elektrolyse. An der TH Bingen gebe es Arbeiten zu Wasserstoff aus Klärschlamm.

Einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften für Forschungsarbeiten rund um die Energiewende gut aufgestellt seien, leiste die Forschungsinitiative, seit 2008 ein wesentlicher Erfolgskatalysator für die Hochschulen im Wettbewerb um ausgezeichneten Nachwuchs.

Mit aktuell rund 1 Million Euro jährlich werde über die Forschungsinitiative ein Beitrag rund um das wichtige Thema „Energiewende“ geleistet. An der TU Kaiserslautern widme sich beispielsweise das Zentrum für Nutzfahrzeugtechnologien Forschungsfragen unter anderem rund um energieeffiziente Antriebssysteme für emissionsfreie Lkw.

Er freue sich, dass im Anschluss an die beiden jüngsten Förderungen im Feld der Wasserstofftechnologie immerhin 5,6 Millionen Euro auch aus EFRE-Mitteln hätten bereitgestellt werden können.

Die rheinland-pfälzische Forschungslandschaft habe spezifische Kompetenzen, die eingebracht würden. Das Projekt „AMMONPAKTOR“ sei ein Nukleus, der ein ganz neues Feld eröffnen könne.

Staatsminister Clemens Hoch sagt auf Bitte des **Abg. Dr. Herbert Drumm** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche hält es für wichtig, dass daran geforscht werde, und merkt an, in den kommenden Jahren sollten auch die ersten Lkws mit dem neuen Antriebssystem Wasserstoff auf die Straße kommen. Zu fragen sei, welcher Zeitrahmen für dieses Projekt vorgesehen sei, wie lange die Förderung dauere und wann mit den ersten Ergebnissen zu rechnen sei.

Staatsminister Clemens Hoch erwidert, das Projekt wolle schon dieses Jahr, bis 31. Dezember 2022, abgeschlossen werden, sodass im Ausschuss im zweiten Quartal 2023 über erste Ergebnisse berichtet werden könne.

Vors. Abg. Marion Schneid nimmt das Angebot der Berichterstattung gern an. Es sei ein wichtiges Thema, das nicht noch einmal verstärkt habe. Es sei sehr positiv, wenn dort nach vorne gekommen werde.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, die im Terminplan für Mittwoch, 25. Mai 2022, 14 Uhr, und Donnerstag, 23. Juni 2022, 14 Uhr, vorgesehenen Sitzungen zu verschieben. Entsprechende Terminvorschläge werden von der Landtagsverwaltung unterbreitet.

Mit einem Dank an die Teilnehmenden für ihre Mitarbeit schließt **Vors. Abg. Marion Schneid** die Sitzung.

gez. Dr. Katrin Rack
Protokollführerin

Anlage

Anlage

An der Videokonferenz teilnehmende Abgeordnete

Köbberling, Dr. Anna	SPD
Maier, Florian	SPD
Müller, Tamara	SPD
Rehak-Nitsche, Dr. Katrin	SPD
Simon, Anke	SPD
Reuber, Dr. Matthias	CDU
Schneid, Marion	CDU
Heidbreder, Dr. Lea	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fernis, Philipp	FDP
Drumm, Dr. Herbert	FREIE WÄHLER

Für die Landesregierung

Hoch, Clemens	Minister für Wissenschaft und Gesundheit
---------------	--

Landtagsverwaltung

Schlenz, Christian	Regierungsrat
Sprenger, Kai	Regierungsoberinspektor
Rack, Dr. Katrin	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)